Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.

Magdeburg, 15. September 2026

Sozialstaat sichern, Zivilgesellschaft stärken, Demokratie verteidigen.

Barbara Höckmann, Vorsitzende des Präsidiums des AWO Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V:
„Unsere Botschaft ist klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden mit all unseren Partner*inen gemeinsam in Sachsen-Anhalt dafür kämpfen, dass Sachsen-Anhalt ein Ort zum Leben für ALLE bleibt. Aber eines ist auch klar, die Zivilgesellschaft allein kann die Demokratie nicht verteidigen. Deshalb fordern wir vom Bund: Sichern Sie den Sozialstaat. Stärken Sie die Zivilgesellschaft, verteidigen Sie die Demokratie. Alle Instrumente des Rechtsstaates müssen auf den Tisch und zwar jetzt!“

Unsere Positionen im Überblick:

Wo es nötig ist, werden wir widersprechen!
Wir werden als sozialpolitische Interessensvertretung unseren Auftrag konsequent umsetzen und weiter Menschen zur Seite stehen, wenn ihre Grundrechte beeinträchtigt werden. Wir lassen Diskriminierung nicht zu und werden dafür alle uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel einsetzen.

Wir sichern soziale Infrastruktur für alle Menschen gleichwertig.
Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst Teil unserer Gesellschaft und gehören in unseren Einrichtungen und Familien zum Alltag. Sie sind unsere Kolleg*innen, Nachbar*innen und Freund*innen.
In der Daseinsvorsorge befürchten wir die klare Gefährdung der Versorgungsstruktur. Deshalb brauchen wir ein wertschätzendes Miteinander, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft anzupacken. Ohne Unterstützung von internationalen Fachkräften werden wir mit Blick auf den steigenden Pflegebedarf einen Kollaps in der Pflege erleben, der ALLE betrifft.

Zivilgesellschaft stärken!
In unseren Einrichtungen und Angeboten vor Ort engagieren sich knapp 4000 Menschen ehrenamtlich.
Die Diffamierung der Zivilgesellschaft, wie wir sie in bundespolitischen Debatten zu NGOs, angeblichen politischen Neutralitätspflichten oder durch den Umbau des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erlebt haben, muss beendet werden.
Wir appellieren an die Politik, sich eindeutig hinter die Zivilgesellschaft zu stellen! Demokratiearbeit vor Ort durch die Zivilgesellschaft muss politisch gewollt und gegen rechtsextremistische Einflussnahme abgesichert sein. Wir brauchen einen Schutzschirm für Demokratiearbeit, z.B. durch ein Demokratiefördergesetz.

Der Bund muss handeln!

Wenn sich Angriffe auf demokratische Grundwerte manifestieren, darf der Bund nicht nur beobachten.
Wir fordern vom Bund ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat: Reformen sollen Leistungen verbessern und soziale Teilhabe sichern. Hohe Vermögen müssen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden.

Der Bund muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats gegen die Aushöhlung von Menschenrechten vorgehen:

- Grundrechtsverletzungen müssen schnell erkannt, überprüft und gestoppt werden können (Monitoring, Aufsicht und schnelles rechtsstaatliches Handeln)
- Ein Verbotsverfahren muss geprüft werden.
- Es braucht direkte Fördermöglichkeiten des Bundes für Demokratieprojekte, Wohlfahrtsverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, wenn deren Arbeit vor Ort politisch oder finanziell behindert wird.
- Schutzprogramme für kommunale Mandatsträger*innen, Ehrenamtliche, Engagierte und soziale Einrichtungen, die Ziel politischer Einschüchterung oder Bedrohung werden, sind unverzüglich einzurichten.